Mehr Referendariatsplätze gefordert

Die Ergebnisse der Personalversammlung

■ In der gut besuchten Personalversammlung der Bremer Lehrkräfte am 30. November berichtete zuerst Arno Armgort über den Lehrkräftemangel und seine Folgen (Mehrarbeit, Einsatz von Studierenden als Vertretung). Der Antrag der GEW, der dem Personalrat ein Handlungsmandat gibt dagegen vorzugehen, wurde einmütig angenommen (siehe unten). Ebenso wurden die Forderungen der Vorkurs-Lehrkräfte unterstützt, die diese auf einer Teilpersonalversammlung verabschiedet hatten (siehe Seite 6). Petra Kumm berichtete über die Aktivitäten des Grundschularbeitskreises gegen KOMPOLEI (siehe Seite 24). Ein weiteres Thema war das Qualitätsmanagement an den Berufsschulen. Zum Schluss berichtete Christian Gloede über die anstehende Tarifrunde und rief die KollegInnen zu aktiver Teilnahme auf.

Arno Armgort berichtet auf der Personalversammlung im Schlachthof Foto: krü

Forderungen der Personalversammlung gegen den Lehrkräftemangel:

Die Personalversammlung fordert die Senatorin für Kinder und Bildung auf

- die Referendariatsplätze umgehend auf mindestens 550 (Stand von 2012) wieder aufzustocken,
- das Nachrückverfahren bei Absagen von Referendaren/innen zu optimieren,
- den Einsatz von Bachelor-AbsolventInnen als Unterrichtsvertretung schrittweise wieder abzubauen und ihren Einsatz auf eine festgesetzte Höchststundenzahl zu beschränken,
- den Schulen Anrechnungsstunden für ihre Einarbeitung, Begleitung und Unterstützung zur Verfügung zu stellen,
- für eine berufsbegleitende Qualifizierung der Quereinsteigenden mit dem Ziel ihrer Gleichstellung zu sorgen.

Die Personalversammlung fordert die Senatorin für Wissenschaft auf

- dafür Sorge tragen, dass der Studiengang Inklusive Pädagogik für die Sekundarstufe umgehend eingerichtet wird, die Studiengänge Deutsch als Zweitsprache, Arbeitslehre und Sport wieder aufgenommen werden und die Attraktivität der Lehramtsstudiengänge erhöht wird.

Die Personalversammlung fordert den Personalrat Schulen auf

- dem Einsatz von Studierenden als Vertretung ab dem 01.02.2017 nicht mehr zuzustimmen, wenn bis dahin keine wirksamen Maßnahmen gegen den Lehrkräftemangel beschlossen werden. An erster Stelle steht dabei die Aufstockung der Referendariatsplätze auf mindestens 550. Ein »Weiter so« darf es nicht geben.

Begründung:

Zurzeit wird in der Stadtgemeinde Bremen jede elfte Unterrichtsstunde nicht durch eine voll ausgebildete Lehrkraft unterrichtet. Oder sie fällt ganz aus. Die mangelnde Personalversorgung sorgt für regelmäßige unbezahlte Mehrarbeit der Beschäftigten und senkt die Qualität des Unterrichts.

Zwar besteht zurzeit ein bundesweiter LehrerInnenmangel, aber die aktuelle Not in Bremen ist zum großen Teil hausgemacht: Die zahlreichen Ende der 70er / Anfang der 80er Jahre eingestellten Lehrkräfte sind jetzt im Ruhestandsalter. Und der Senat hat es versäumt, rechtzeitig für Ersatz zu sorgen. 2012 fiel der Plan der Bildungsbehörde, im Hinblick auf die Pensionierungswelle mehr ReferendarInnen auszubilden, der Kürzungspolitik zum Opfer. 100 Stellen für Auszubildende wurden gestrichen.

Über 230 Vertretungskräfte in der Stadtgemeinde Bremen haben ihr Studium noch nicht beendet, sondern nur einen Bachelor-Abschluss. Diese Studierenden ohne Master-Abschluss sind für den Einsatz – bei allem guten Willen – in der Regel nicht ausreichend qualifiziert und erfahren. Etliche werden sogar als Klassenlehrer/innen eingesetzt. Gleichzeitig bekommen Studierende wegen des Ausmaßes ihrer Arbeit Schwierigkeiten im Studium.Über 200 Master-Absolventen/innen erteilen Vertretungsunterricht, statt als Referendare/innen ihre unterrichtspraktische Ausbildung abzuschließen. Noch mehr warten auf ein Referendariat. In den Jahren 2014 und 2015 haben an der Universität Bremen 637 Studierende ihren Lehramts-Master erworben.